

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Dresdner Zeitung 10 Pfennig A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einfachlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 10 M.

Die sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr von Samstagsanzeigen bis 11 Uhr vorw. — Preis für die Zeitung-Spalte aller Anzeigen 1.40 M. im Tellermittel 3.50 M. — Alle unmittelbar geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Chilenisch-bolivianischer Zwist in der Völkerbundversammlung

Gens., 7. September. Zu Beginn der heutigen Völkerbundversammlung verlangte der Delegierte für Chile Edwards das Wort, um energetisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation, um Einspruch zu erheben, daß der Artikel 19 des Paktes auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden sollte. Der Artikel sieht vor, daß die Versammlung einer Prüfung unterziehen kann. Der chilenische Delegierter erklärte, daß seine Regierung sich der Einberufung des Antrages in die Tagesordnung der Völkerbundversammlung widersetze. Der Völkerbund sei nicht zuständig. Es würde durch ein derartiges Vorbringen einen gefährlichen Pragmatismus entstehen. Es bestände dann Gefahr, daß man auch die Revision der Friedensverträge ausführen könnte. Die lebenshafthafte Ausführungen des chilenischen Delegierten wurden von der Versammlung rubig aufgenommen. Die französischen Delegierten gaben deutlich ihre Zustimmung zu erkennen.

Darauf verteidigten die beiden bolivianischen Delegierten Armasia und Gómez in längeren Ausführungen den Standpunkt ihrer Regierung. Armasia führte aus, daß das Ziel der bolivianischen Regierung die allgemeine Prüfung dieser Frage sei. Der Vertrag sei nicht auf gegenseitiger Übereinkunft begründet, sondern durch Druck erzielt. Der Vertrag sei unbedenklich und böte auch nicht durchgeführt werden. Bolivien solle jahrelang das Weigern der Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerbund, nicht um eine Wiedergutmachung zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Die Versammlung könne ihre Zustimmung nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Existenzberechtigung nicht aufzuheben wolle. Bolivien verlange nur eine Prüfung, nämlich die, ob die Versammlung zulässig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Klärung der Angelegenheit herbeiführen. Der zweite bolivianische Delegierte Gómez gab nähere Einzelheiten über das Vertragsverhältnis.

Der chilenische Delegierte erwiederte darauf, daß eine Kommission nach der Beschlussfassung nicht zulässig sei, da bei solchen Fragen die Abstimmung in der Versammlung erfolgen müsse. Er sei aber mit jedem anderen Verfahren einverstanden, daß den Delegierten Gelegenheit geben könnte, sich einen Überblick zu verschaffen. Er erhebe Einspruch dagegen, daß die Frage auf die endgültige Tagesordnung gelegt werde.

Präsident von Hornebeck stimmte dieser Aussichtslosigkeit und schlug vor, daß die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gebündigt verteilt werden sollten, um der Versammlung Gelegenheit zu reiflicher Überlegung zu

geben. Die Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerstreit in der Versammlung geltend mache, erklärte der Präsident den Antrag als angenommen.

Damit ist der Zwischenfall vorläufig erledigt, der die größte Spannung hervorgerufen hatte infolge der grundsätzlichen Bedeutung späterer Anwendbarkeit. Nach Annahme der vorläufigen Tagesordnung und Feststellung des Aufgabenbereichs wurde die Sitzung gegen 12.30 Uhr geschlossen. Gente nachmittags treten die ersten drei Kommissionen zusammen.

Gens., 7. September. Der Konflikt zwischen Bolivien und Chile in der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung wurde verlegt. Die Delegierten beider Staaten hatten Vertrauen der Presse zu sich gegeben, um ihnen nochmals mit etwa denselben Argumenten ihren Standpunkt darzulegen. Auf die Frage, ob man im Falle einer Nichtberücksichtigung ihres Antrages die bolivianische Delegation an dem Völkerbund zurückziehen werde, erhielten die Delegatentreter die Antwort, daß die Delegationen auf jeden Fall der Zustimmung ihrer Regierung folgen werde.

Tagung der Ausschüsse

Gens., 7. Sept. Die erste Kommission des Völkerbundsausschusses, die sich mit konstitutionellen und juristischen Fragen zu beschäftigen hat, läßt heute vorläufig unter Vorsitz von Scialo-Vallen ihre erste Sitzung ab. Das Völkerbundsekretariat gab am Abend folgende Mitteilung über diese erste Sitzung aus: Nach einer allgemeinen Diskussion über den Bericht, den der Ausschuß für Vakuumänderungen dem Völkerbund vorgelegt hatte und der verschiedene Tagungen im Laufe des letzten Jahres vorausprägte, beschloß der Ausschuß, die verschiedenen Interessenten in diesem Bericht behandelten Probleme unter verschiedenen Unterausschüssen zu verteilen. Diese Unterausschüsse werden vom Präsidenten ernannt werden, denen auf Vorschlag Lord Faulkes-Cable-Dauernat beigeordnet wird. Zuhörer in seiner Tätigkeit bisher in wichtiger Weise an allen Arbeiten des Ausschusses für Vakuumänderungen teilgenommen. Ein fünfzehnköpfiger Ausschluß soll später ernannt werden, um über den Bericht des Ausschusses über die Änderung des Art. 18 des Paktes zu beraten. Endlich beschloß der Ausschuß, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihre Verträge in den Völkerbund aufzunehmen werden sollen, wobei der Ausschuß jedoch keine Einvalide für die idealen Beweggründe des Antrages anspricht.

Gens., 7. Sept. Der zweite Ausschuß der Versammlung des Völkerbundes, der sich mit den sozialen Organisationen zu beschäftigen hat, hat heute nachmittag 4 Uhr zusammen. Es tritt auf Vorschlag des Präsidenten Josefa-Ramón-Antón-Papalossi mit Vertretung der ihm anvertrauten Arbeiter zusammen. Afonso-Silva über die Verkehrs- und Handelsfragen, Horst-Schmitz über die Wirtschafts- und Finanzfragen, Biembba-Chile über Gewerbeleitungen und Ferrell-Italien über Statistik berichteten.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Berlin, 8. Sept. In der Reichskanzlei begannen gestern die Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation. Entgegen der Schwierigkeit des Verhandlungsgeschehens wurde gleich zu Beginn der Verhandlungen strenge Sichtbarkeiten über diese vereinbart. Es verlief mit Bestimmtheit, daß lebhaftig das eifrigste Bemühen an den Tag gelegt wird, die heile Lage schnellstens und gründlich zu lösen.

Der Reichskanzler zur bayrischen Frage

London, 7. September. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der "Daili Mail", er besuchte für den Augenblick nicht einen monarchischen Staatsstreich, man müsse jedoch immer auf der Hut sein. Nicht alle Bayern seien Monarchisten und nicht alle Monarchisten seien Bayern. Dr. Wirth sagte, es sei entslossen, mit Bayern keinen Streit zu haben. Bayern sei ein Land, das immer ein starkes soziales Unabhängigkeitsgefühl hatte. Bayern werde jedoch seiner Ansicht nach schließlich nachgeben, wie es dies ja auch in der Entwaffnungs- und Einwohnerwehrfrage getan habe. Der Reichskanzler erklärte außerdem, wenn die Mark noch weiter falle, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands erreicht worden sei. Darauf müsse vermehrt auch der Wille des Volkes eingesetzt werden. Umgehend Tendenz auf der einen Seite und unüberholbare Reaktionstendenz auf der anderen Seite seien eine politische Unmöglichkeit. Bei dem Streit um Monarchie und Republik halte er die ganze Problemstellung für falsch. Dazu heute in absehbarer Zukunft in Deutschland nicht an eine Monarchie gedacht werden könne, sei Gemeingut von 80 Prozent des deutschen Volkes. So weit er die Dinge überreiche, sei eine Einigung über die Aufgaben, die demnächst im Reich und in Preußen bevorstehen, auf breiter Front in durchaus sozialdemokratischem Sinne sehr wohl möglich. In den nächsten Wochen habe für die deutsche Zukunftsentwicklung großes bevor. Möglicherweise ein großer Moment nicht ein schwaches Geschecht finden.

Die Befreiungssteuergesetz

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Berlin, 8. Sept. Heute vorzeitig wird der Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur Bearbeitung der Befreiungssteuergesetz eine Sitzung abhalten. Tagesordnung: Feststellung des Schadens über die Vermögenssteuererleichterung an den Revierabnahmen.

Ein Reichshilfsfonds für Kleinrentner?

Berlin, 7. September. Der Deutsche Rentenfond hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er mit Nachdruck auf die Not unter den Rentnern hinweist und den Reichstag bittet, einem Gesetzentwurf betreffend Schaffung eines Reichshilfsfonds für alte oder erwerbsunfähige Rentner die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. September. Im deutbar längster Zeit soll eine Erhöhung der Eisenbahntarife durchgeführt werden, und zwar ist in Aussicht genommen worden, die Erhöhung der Gütertarife zum 1. November, die der Personentarife zum 1. Dezember zur Durchführung zu bringen. Bei der Höhe der zur Verhöhung stehenden Zeit würden die Tarifmaßnahmen vorwiegendlich im Wege eines rohen Zuschlags von 30 Prozent durchgeführt werden.

Wie stehen wir?

Wenn wir unsere heutige innerpolitische Situation uns vergegenwärtigen, so können wir eine auffallende Ähnlichkeit mit der seinerzeit nach dem Kapp-Putsch geschaffenen Lage beobachten: heute wie damals eine starke Wärung, ein Auschlag der Stellung nach links und damit schwache Auswirkungen auf unsere gesamtpolitischen Verhältnisse. Was in langer, oft sehr mühsamer Arbeit im letzten Jahr im Innern geschaffen und erreicht wurde, ist nun mit einem Male wieder in Frage gestellt. Eine ungünstige Neuvalisierung erlaubt die Lüge durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie sie durch die Tumulte, durch entzündliche Auseinandersetzungen der deutschen Partei, durch die Wohndienstbewegungen der erwerbstätigen Schichten und dergleichen sich herausgebildet hat. Wie sind politisch und wirtschaftlich wieder einmal an einem kritischen Punkt angelangt.

Mit großer Sorge muß man den demokratischen Reichstagverhandlungen entgegensehen. Gerade in einem Angleich, in welchem wir am wenigsten innere Schwierigkeiten gebrauchen können, läuft sich die Zunge handlich. Nicht genug damit, daß die Belastung noch innen mit den neuen Steuervorlagen alle unsere Kräfte in Anspruch genommen haben würde, und durch die auf Erzberger gerichteten Schüsse Entwicklungen in einer Entlastung gebracht werden, die nach seinerzeit kaum möglich waren inzwischen wieder fast völlig zur Ruhe gekommen war. Wir deuten daher insbesondere an die volkliche Abschlusmachung der sozialistischen Arbeiterschaft in Südwürttemberg und Baden schweizende der bisher austreibenden Elemente. Wie immer man die Dinge betrachten mag, soviel ist sicher, daß der Bürgermeister nichts Schlimmeres passieren könnte, als der tatsächliche Zusammenschluß der Wehrheitssozialisten mit den Abhängigen zu einer geschlossenen Linie. Was fabrikante Verhandlungen und Entwicklungen nicht vermöchten, was alles Friedenswerben Scheidemanns und seiner Gruppe nicht zuwege brachten, das erreicht nunmehr als Folge des Erzberger-Putsches in der politischen Arena. Hier haben wir wieder eine mögliche Schmeierung an die Folgen des seinerzeitigen Kapp-Putzes. Das mal aber ist durch die innere Heimlichkeit des Kapp-Putzes, daß die Zusammenkunft der Sozialen zu einer Einheitsfront nicht zuhande gekommen. Niemals gibt man sich aber als evident klüge, dieser Einsicht die Wege zu bahnen und das Werk ist: Sicherhaltung der "sozialen revolution".

Seit Jahr und Tag geht das Bemühen der vorigen Regierung darum aus, das Abseilen der Krachteinsatzkommissionen, die sich unter Preisgabe aller ihrer vordem vertretenen Vorhaben doch um großen Zeitaufwand gemacht haben, zu dem Radikalismus der Industrie zu verhüten. Die Sozialdemokraten wurden Regierungspartei und wenn sie auch oft genug ihrerseits in Aktion und Demagogie zurückzudenken, so doch in der Hoffnung, daß sie in ihrer Arbeit den Arbeitern ausgewichen werden, daß ein klarer Willen zu praktischer Arbeit von dieser Partei ausgegangen ist. Man hat oft genug Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie schwer es den Sozialdemokraten geworden ist, ihre ehemaligen Theorien in nüchterner Wirkis umzusetzen. Das ehemalige "Programm" der Sozialdemokraten hat nicht nur Stärke und Weichen erhalten, sondern es ist in seinen Grundzügen vollständig zerstört worden. Das ehemalige Programm war darauf eingestellt, daß die Sozialdemokratie zur sozialen und völkerlichen Einheit verurteilt sei, und daß ihre Aufgabe in nichts anderem als in der Ausarbeitung der Klassenlinie der Sozialdemokratie bestand. Die Ausarbeitungen der Herren von Gamm, Stellmann, Professor Dahl, des Admirals von Scheer und des Herrn von Lossow haben eine einheitliche Linie dahin gegeben, daß die Deutsche Volkspartei mit den nun einmal geschaffenen Verhältnissen zu rechnen und auf ihrem Bogen zu wirken gewillt ist. Die Deutsche Volkspartei kennt den von deutschnationaler Seite erfreuten und von Professor Spahn proklamierten Reichsstaat ab. Sie macht geltend, daß dann die Partei die Bürger, die Proletarier das Staatwerk für die sozialen Ansprüche annehmen werde und daß bei der derzeitigen Lage wir dann nicht vorwärts, sondern nur leicht ins Stead läufen. Schon jetzt wäre ja ein solches Zulässigkeits unter dem Gesichtspunkte der kommenden Steuerpolitik. Gerade zu deren Belebung wird nach Ansicht der Deutschen Volkspartei ein Anknüpfen der auf dem Kompromißboden stehenden Partien notwendig sein, schon um zu verhindern, daß eine, nur nach den Verteilungssätzen orientierte Regelung mit allen ihrer verdeckbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen herauftrete. Die Deutschenpartei ihrerseits leben es rechtlich ab, eine Bedeutung in der gegenwärtigen Verhältnisse abzulegen, aber auch sie haben in München erklärt, daß sie trotz ihrer Oppositionsstellung jedoch an den Aufgaben des gegenwärtigen Staates mitarbeiten wollen. Sie müssen aber keinen Hehl daraus, daß sie die Erfüllung dieser Aufgabe für unmöglich halten, und Dr. Seiffert wird so aus, daß die Macht der Deutschenpartei beispielweise an der Erfüllung des Ultimatums nicht verlangt werden könne, da eben nach deutschnationaler Meinung dieses Ultimatum überhaupt nicht zu erfüllen sei, daß niemand auf eine Befestigung des Ultimatums nur auf eine Reaktion des Verfasservertrages hingearbeitet werden müsse.

Unter diesen innerpolitischen Schwierigkeiten leitet natürlich die Wahrnehmung der Interessen des Reiches nach außen hin. Der Erzberger-Putsch und die politischen Vorgänge, die er zur Folge hatte, haben leider den Blick des deutschen Volkes von der größten Sozialaufgabe, die es in diesen Tagen bewegen möchte, abgelenkt von der österreichischen Frage. Zu einer Verbindung mit ihr steht in unverminderter Qualität das Problem der Aufhebung der Sanktionen. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen hat wieder einmal gezeigt, wie die Erhaltung Österreichs beim Reich eine unabdingbare Voraussetzung für den deutschen Wiederaufbau ist. Die nationalen und politischen Erwartungen hinsichtlich Österreichs

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 8. September. Über die innerpolitische Lage äußerte sich der preußische Ministerpräsident Stegerwald in dem Blatte "Der Deutsche" u. a.:

Die gegenwärtige Lage sieht sehr verworren aus, läßt sich aber trocken auf einfache Formel bringen. Während die Sozialdemokratie um eine Stärkung der Linken kämpft, sieht sich das Zentrum und die Demokraten gegen eine Befreiung der Mitte ein. Er hält die Stunde für eine Scheidung zwischen rechts und links für noch nicht gekommen und glaubt, eine starke Mitte für die nächsten Jahrzehnte als für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage halten zu müssen. Eine Mehrheit der Rechten bedeute bis auf weiteres einen unerträglichen außenpolitischen Druck

Schlesien sind unverzüglich die gleichen rote Feinde, ja auch diese Momente haben durch die Erfahrungen der letzten Wochen eine ungemeine Verstärkung erfahren. Von der Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reich hängt — man muss das immer und immer wieder sagen, denn es ist eine furchtbare Wahrschau! — nicht nur Christen und Schicksal des ganzen deutschen Volkes, sondern das ganz Europa ab. Das vor dem ganzen deutschen Volke und vor aller Welt laut und deutlich zu betonen, ist Pflicht gerade in diesen Tagen, in denen der Volksbundsrat in Genf den grünen Tisch aus einer der schicksalshistorischen Fragen zu entscheiden sich anstellt, die die Welt je erlebt hat.

Schweres ist in diesen letzten Tagen und Wochen über das deutsche Volk gegangen. Der Geist der Meuterer, der Verlust der Freiheit, der Verlust, der Verlust wieder aufgetaucht, die jeden Vaterlandstreuer mit Schreien erfüllen müssen. In dieser Atmosphäre werden wir den großen Kampf, der uns noch innen und außen in der nächsten Zeit droht, furchtlos nicht besiegen können. Was wir schon so oft an dieser Stelle gesagt haben, darf plädieren wie auch heute: wir müssen heraus aus der Atmosphäre des politischen Hasses, die nur leicht zu einer Atmosphäre des Gewalt wird. Die beispiellose Vorgänge, die sich unter kommunistischer Führung in letzter Zeit abgespielt haben, und die darauf ausgehen, jede Regelung nationalen Selbstbestimmungs durch brutale Gewaltstätigkeit zu unterbinden, sind ein Ausschlag des Feinds nach links, das sehr leicht die Einheit und Selbständigkeit der Nation zerstören kann. Durch nichts sind die Hoffnungen der Kommunisten, doch noch Deutschland in den Rahn kommunistischer Ideen zu bringen und dem deutschen Volke ein Sowjet-Regime aufzuwerfen, so hoch gespannt gewesen, wie in diesen letzten Tagen! Hier liegt eine Gefahrenquelle, die fast schon am Bergelegen war, und die nun durch die jüngsten Ereignisse wieder geöffnet wurde. Wenn wie dem Mist, das von dieser Seite dem deutschen Volksstamm droht, nicht rasch, entschlossen und eindringlich gehandelt wird, wird der Körper des deutschen Volkes gar bald todwund getroffen sein.

Groß und schwer wird sicher das politische Mingen der nächsten Zeit. Aber vergessen wir bei allem, was wir sagen und tun das eine nicht, daß es sich lediglich um unser Volk und Vaterland handelt!

Erzbergers Mörder

Berlin, 7. Sept. Die "B. R." schreibt: Die brutale eingelaufene Post brachte uns folgendes Schreiben: Berlin, den 6. September. Sehr geehrte Redaktion! Es ist nicht nötig meinen Namen zu veröffentlichen. Ich sehe heute noch ins Ausland. Ich bin kein Monarchist, aber ein alter Sohn, der, was er mit seinem Blut bezahlt hat, nicht von Kapitalverbrechern und Kriegsverbrechern gestohlen lassen mag. Die Liste der Schuldigen ist noch sehr groß. (Unterschrift) Hans Rieke aus dem schönen Düsseldorf. In der Unterstrich ist der Name "Rieke" nachdrücklich ausgeschrieben worden. Dieser Brief ist auf den ersten Blick als von der Hand des Mannes geschrieben erschaur, der die Entlastungen "Hans Rieke, Subj. für aus Düsseldorf" in das Verhandlungsbuch des Rathauses zum Hause in Oppau gemacht hat. Das charakteristische Hanse, das gezeichnete D im Worte Düsseldorf und andere Kennzeichen wiederholen sich auch hier. Die Entlastung liegt nunmehr bei den Schriftstube-Händlern bei der Polizeibehörde, denen das Original zur Prüfung vorliegt. Der Brief scheint zu beweisen, daß sich die Mörder Erzbergers, oder wenigstens der eine von ihnen, in Berlin aufzuhalten hat.

Ausschreitungen in Speyer

Speyer, 7. September. Im Laufe der Nacht waren vier Mörderführer, die anlässlich der Kundgebungen vor acht Tagen den Bilderturm im Regierungsgebäude veranlaßt hatten, verhaftet und in das Anteckengesetzamt übergebracht worden. Von Seiten der Arbeiterschaft wurde die Herausgabe der Gefangenen verlangt, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, der Generalstreik verlautet. Dieser Parole wurde zum größten Teile Folge geleistet. Frühmorgens schon versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Amtsgerichtsgefängnis und versuchte, die Gefangenen zu befreien, was aber nicht gelang. Hierauf zog die Menge vor das Polizeigebäude in der Abend, einzudringen. Sie wurde von der Polizei daran gehindert, die einzige Schießstütze abzubauen. Die Menge zog dann weiter vor das Rathaus, um sich hier Eingang zu erzwingen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Schutzmännerchaft kam, die von der Schutzwaffe Gebrauch machte, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, von denen einer gestorben sein soll. Drei Schutze wurden schwer missbraucht. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind gesperrt. Das Regierungsgebäude ist stark besetzt.

Speyer, 8. Sept. Die mit Gewalt erfolgte Befreiung des Polizeigebäudes durch die Arbeiterschaft, welche die vier verhafteten Mörderführer der letzten Nächte befreien wollte, hat dann geführt, daß die französische Besatzungsbehörde nunmehr die direkte Polizeigewalt der Stadt übernommen hat. Die Erregung in der Stadt ist nach wie vor sehr groß.

Verhaftung braunschweigischer Kommunisten

Braunschweig, 7. September. In Verbindung mit den französischen Dynamitanschlägen auf verschiedene Gebäude in Beaucaire sind, wie bereits kurz gemeldet, diesen Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, an den Dynamitattentaten beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Jakobauer, frühere braunschweigische Aufsichtsministerin, sowie der Sohn des ehemaligen braunschweigischen Präsidienten Negro. Die Verhafteten sind auch dringend verdächtigt, an dem nächsten Nebelzug, auf den Jägerort Beaucaire und auf das Postamt in Roquemaure im November vorigen Jahres sowie an dem Raubüberfall auf den Geldtransport im Dezember 1920 beteiligt gewesen zu sein. Der fiktive Nebelzug auf den Generaldirektor Meier der Alised Delliger Maschinenfabrik, bei dem es auf einen Bohrgedrucksport abgesehen war, ist, wie die Nachforschungen ergaben haben, von einer schwäbischen Bande begangen worden, deren Führer ein Bergmann August Ehbrecht aus dem preußischen Orte Meimerhausen (Kreis Alfeld) ist. Ehbrecht ist flüchtig. Die Schwäbische Bande soll es auch gewesen sein, die in Teltigen das Auto des Landrates Dr. Voeb aus Hameln anhielt.

In unsere Abonnenten!

Wir bitten hierdurch unsere geehrten Abonnenten, Unregelmäßigkeiten in der Zustellung der Zeitung uns in allen Fällen sofort mitzuteilen. Für Abstellung der berechtigten Beschwerden wird Sorge getragen. Es ist aber notwendig, daß die uns zugehenden Beschwerden mit genauen Angaben der Nummer und des Datums usw. belegt werden, da es uns nur so möglich ist, jede Angelegenheit in wirksamer Weise zu verfolgen.

Konferenz der bayrischen Bischöfe in Freising

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Berlin, 8. Sept. Die Erzbischöfe und Bischöfe Bayreuth haben sich in dieser Woche zur Bischöfekonferenz nach Freising getroffen. Vom deutschen Episkopat nimmt Cardinal Bertram von Becken an der Versammlung teil.

Gegen die Vergewaltigung des Saargebietes

Halle a. d. S., 7. September. Eine gestern abend veranstaltete Kundgebung für die Deutschenhaltung des Saargebietes protestierte in einer einstimmig gefassten Entschließung gegen die zahllosen Verlegerungen des Saarbecken-Abkommen durch die Regierungskommission und forderte von der Reichsregierung energetischen Eindruck gegen diese Verlegerungen und Rechtsbrüche zu erzielen. Als Belehrung der Bestimmungen des Saarbecken-Abkommen werden in der Entschließung hervorgehoben: Die Befreiung zur Schaffung eines Saarstaates, Beibehaltung der französischen Besatzungstruppen und Vermeidung französischer Guerillarie, Ausweitung von deutschen Saarbeckenbewohnern, Abänderung der Staatsangehörigkeit der deutschen Saarbeckenbewohner und Schaffung des Bezirks Saarbrücken, Abänderung der deutschen Justizgesetze, Einführung der Frankenthaler und Bergstättengesetze zum Schaden der deutschen Interessen im Saargebiet. Zum Schlus wendet sich die Entschließung an alle Parteien, allen Parteibaden fallen zu lassen, wenn es geht, für die nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Stammesbrüder in den bestreiten und bedrohten Gebieten einzutreten. Die Presse und die Parteien werden ermahnt, nie und nimmer das deutsche Saargebiet und seine Bewohner zu vergessen.

Farbige Meutereien vor dem französischen Kriegsgericht

Kassel, 7. September. Vor einigen Tagen wurde von angeblich maßgebender Seite gemeldet, daß die in einem Teil der rechtsrheinischen Presse verbreiteten Nachrichten über Meutereien marokkanischer Truppen in Trier biswillige Erfindungen seien. Durch eine Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht

in Trier wird nun bekannt, daß dieses damals gegebene Dementi zweifellos von französischer Seite ausgegangen, um den ungünstigen Einbruck, den diese Nachrichten in Frankreich machen müssten, zu verwischen. Vor dem genannten Kriegsgericht hatte sich nämlich eine große Anzahl Soldaten einer an der Westfront liegenden marokkanischen Division wegen Meuterei und militärischen Aufstands zu verantworten. Der Grund der Meuterei ist aus der Verhandlung nicht bekannt geworden. Es verlautet jedoch, daß mehrere Kompanien sich geweckt hatten, einem Befehl nachzukommen, worauf ein französischer Offizier versucht, die Mannschaften zu beruhigen. Dabei wurden die Soldaten nur noch mehr gereizt und gingen lädiert gegen den Offizier und andere Vorgesetzte vor. Auf einer Seite in Trier soll auch vorübergehend eine rote Fahne gehisst worden sein. Wegen dieser großen Verstöße gegen die Disziplin wurden die Beteiligten zu schweren Freiheitsstrafen und einer der Befehlshaber zum Tode verurteilt.

Werbebüroaus für die Fremdenlegion in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Königsbrücke, 8. September. Auf der Siemianowitzsee befindet sich ein Werbebüro für die französische Fremdenlegion. Die Leute, die sich hierzu melden, erhalten denkmalen Sold, wie das französische Militär. Sie werden in französische Uniformen gekleidet und bekommen auch Waffen. Die Fremdenlegionäre werden hier einsortiert und verbleiben in Oberschlesien bis zum vierten Bataillon später kommen sie dann nach Algerien.

Die Verstärkungen für Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Mailand, 8. Sept. Schon fuhr vom Raum ein Bataillon sozialistischer Grenadiere in Stärke von 500 Mann nach Oberschlesien ab.

Die Valera zu Irlands Absage

Dublin, 7. Sept. Die Valera erklärte in einer Ansprache, die britischen Staatsmänner hätten Irland zweitklassige Margarine für Butter an und seien verächtlich, daß Irland sie nicht annehmen. Er fuhr fort: Die englische Presse fragt, ob wir Frieden wünschen. Wir haben es gewünscht und wollen ihn ebenfalls. Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, die Dame anders zu sehen als sie ist. Der Frieden kann niemals auf Vorwiegungen gegründet werden, lassen sie uns jede Vorstellung und Denkmal verhindern. Wenn England ein Ultimatum ergeben sollte, lasst es ein Ultimatum sein. Kein Vorwand wird verhindern, daß die Gewalt als das anerkannt wird, was sie wirklich ist. Wir kämpfen für die Errichtung einer nationalen Union. Jeder, der Großbritannien und Irland als Freunde zu sehen wünscht, wird helfen eingreifen.

Die irische Krise

London, 7. September. Das britische Kabinett tritt heute in Irland zusammen, um die leste Antwort De Valeras auf das Angebot der britischen Regierung zu erörtern. Den Blättern folgt wird noch Curzon wegen einer Unmöglichkeit nicht an der Kabinettssitzung teilnehmen können.

Der politische Verlegerstatter der "Daily Mail" meldet aus Irland: Es werden den Sunfeindführern eine kurze Spur gewährt werden, in der sie endgültig enttarnt müssen, ob sie in eine Konferenz auf der in dem Angebot der britischen Regierung niedergelegten Grundlage einzutreten wollen füßen. Die Regierung werde bestimmt die gesuchten Fragen dem Parlament unterbreiten, bevor sie die Kriegsentschließung in Irland wieder einführt. Sie würde es sogar vorziehen, die Frage dem Lande zu unterbreiten. Die Möglichkeit von Neuwahlen im Herbst sei unter diesen Umständen keineswegs ausgeschlossen. Lord George hofft aber immer noch die Hoffnung, daß die Sunfeinde jetzt die Gefahren einer weiteren Verzögerung einschätzen würden.

Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsausschusses und der nationale Soldatenausschuss der Arbeiterpartei haben gestern in Cardiff in einer gemeinsamen Sitzung eine Erklärung an Lord George über die irische Krise beschlossen, in der erklärt wird, es müssen jetzt neue Schritte getan werden. Die britische Regierung müsse die Vertreter des irischen Volkes zu einer Konferenz einladen.

Der Streik der Hafenarbeiter in Cork

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

London, 8. Sept. Der Streik der Hafenarbeiter von Cork ist beendet. Der Konflikt wird einer Konferenz vorgelegt werden, deren Mitglieder von beiden Parteien gewählt werden, während der Präsident vom Dail Eireann ernannt werden soll. Zwischen den Parteien folgt, haben die Transportvorstände in Cork ihre gestrichenen Dauhonorare aufgehoben, haben das Büro des Hafenelements besetzt, die Beamten hinausgeschickt und andere an deren Stelle gesetzt.

Die Befreiung des Saargebietes ist stark besetzt.

